

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung am
15.12.2015**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:01 Uhr bis 18:37 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Steffen Ahrens	Sachkundiger Einwohner
Martin Bauersfeld	Sachkundiger Einwohner
Lothar Dieringer	Sachkundiger Einwohner
Dirk Gernhardt	Sachkundiger Einwohner
Susanne Krohn	Sachkundige Einwohnerin
Mark Lange	Sachkundiger Einwohner
Igor Matviyets	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung:

Sabine Ernst	Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Dr. Petra Sachse	Leiterin DLZ Wirtschaft und Wissenschaft
Martina Wildgrube	Referentin für Ordnung und Sicherheit
Yvonne Merker	Protokollführerin

Gäste:

Almut Kapper-Leibe	IG Metall
Dr. Ulf-Marten Schmieder	TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH, Bio-Zentrum Halle GmbH
Norbert Nowak	Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle GmbH
Wolfgang Fleischer	City-Gemeinschaft Halle e. V.
Norbert Labuschke	Baugruppe Köhler GmbH
Jens Rauschenbach	Rauschenbach & Kollegen GmbH

Entschuldigt fehlten:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frank Rösler	Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung wurde von **Herrn Häder, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Des Weiteren begrüßte er die Gäste Frau Kapper-Leibe, Herrn Dr. Schmieder, Herrn Nowak, Herrn Fleischer und Herrn Labuschke. Das Rederecht zum Wirtschaftsförderungskonzept wurde ihnen bereits in der vergangenen Sitzung erteilt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Häder** bat um Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 24.11.2015
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01317
- 4.1.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion MitBÜRGER für Halle/NEUES FORUM zur BV Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01564
- 4.1.2. Änderungsantrag des sachkundigen Einwohners Martin Bauersfeld der Fraktion MitBÜRGER-NEUES FORUM zum Wirtschaftsförderungskonzepts der Stadt Halle (Saale) (VI/2015/01317)
Vorlage: VI/2015/01568
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TiSA (Trade in Services Agreement)
Vorlage: VI/2015/01399
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 24.11.2015

Herr Meerheim bat um Änderung der Anwesenheitsliste, da er am 24.11.2015 an der Sitzung teilgenommen hat.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Häder** bat um Abstimmung der, unter Berücksichtigung des Hinweises von **Herrn Meerheim**, geänderten Niederschrift.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2015/01317

zu 4.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion MitBÜRGER für Halle/NEUES FORUM zur BV Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2015/01564

zu 4.1.2 Änderungsantrag des sachkundigen Einwohners Martin Bauersfeld der Fraktion Mit-BÜRGER-NEUES FORUM zum Wirtschaftsförderungskonzepts der Stadt Halle (Saale) (VI/2015/01317) Vorlage: VI/2015/01568

IG Metall

Frau Kapper-Leibe ging auf das Wirtschaftsförderungskonzept ein. Als Einführung informierte sie, dass sie bereits seit 23 Jahren bei der IG Metall Halle arbeitet und schon viele Änderungen miterlebt hat. Sie vertritt die Metall- und Elektroindustrie sowie die Handwerksbranche. Der Arbeitsplatzschwund im industriellen Bereich stellt für Halle eine schwierige Situation dar, auch im Einnahmebereich, sagte sie. Halle muss auch nach außen hin einen Imagewechsel vollziehen. **Frau Kapper-Leibe** bemängelte das Fehlen der Firma ABB AG (Transformatoren Service) sowie der Einbindung des Umlandes im Konzept. Sie empfahl eine Diskussion mit allen beteiligten Akteuren.

Herr Senius erkundigte sich zur Typik und Qualität der Beschäftigungsverhältnisse in der Stadt, auch im Logistikbereich. Darauf meinte **Frau Kapper-Leibe**, dass dies sicher mit der schlechten Vergütung, den vielen befristeten Arbeitsverträgen und der Teilzeitarbeit zu

begründen ist.

Herr Bauersfeld wollte wissen, ob sich die IG Metall dafür ausspricht, dass die Ansiedlungsbemühungen auf die Branchen Maschinenbau-Elektrotechnik konzentriert werden. Dies bejahte **Frau Kapper-Leibe**. Allerdings gibt es nur wenige Konzernzentralen in Halle und Umgebung. Mittelständische Ansiedlungen wären zu begrüßen.

Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle GmbH

Herr Nowak teilte mit, dass er an der Erstellung des Wirtschaftsförderungskonzeptes mitgewirkt hat; das MMZ arbeitet bereits nach dem Konzept. Es geht vor allem darum, Existenzgründer im Bereich IT im Onlinesegment zu unterstützen und die Kreativwirtschaft zu verdichten. Die Einmietung und auch das Postproduktionszentrum sind in der Grundausrichtung verankert. Der Hauptfokus liegt im Bereich der kreativen Medien.

Er führte weiter aus, dass die Arbeitsplatzschaffung einen langwierigen Prozess darstellt. Mittlerweile sind 50 Mieter im Haus zu verzeichnen, und für Startup-Unternehmer soll ein extra Bereich eingerichtet werden.

Zur Zusammenarbeit mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg erkundigte sich **Herr Bauersfeld**. Die Fachrichtung Medienkommunikation wird vom MMZ unterstützt, erläuterte **Herr Nowak**. Auch eine Mietverlängerung wird befürwortet.

Herr Dieringer legte dar, dass es einen Tatbestand gab, der fördermittelschädlich ist. Das heißt, wenn ein dort angesiedeltes Unternehmen expandieren wollte. Darauf berichtete **Herr Nowak** über einen Fall, wo eine Firma im MMZ eingemietet war, die dort nicht hätten sitzen dürfen. Daraufhin wurde der Prozess begleitet und die Firma konnte Halle erhalten bleiben. Normalerweise gibt der Fördermittelgeber vor, dass sich Firmen maximal acht Jahre im MMZ einmieten dürfen, dies geschieht über einen entsprechenden Antrag. Eine Prüfung ist nötig, wenn Firmen gerne den Mietzeitraum verlängern möchten. Weiter führte er aus, dass die Firmen gerne weiter begleitet werden durch das MMZ, das Dienstleistungszentrum Wirtschaft und Wissenschaft und die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH (EVG).

Herr Senius fragte, welche Firmen vom MMZ begleitet wurden und dann gewachsen sind, und ob es im Umland eine ähnliche Einrichtung gibt. Darauf meinte **Herr Nowak**, dass bereits der 121. Vertrag geschlossen wurde. Zum Wachstum der Firmen wäre eine Einzelfallbetrachtung nötig, weshalb die Frage hierzu nicht so leicht beantwortet werden kann. Eine ähnliche Einrichtung in Sachsen-Anhalt ist ihm nicht bekannt.

TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH, Bio-Zentrum Halle GmbH

Herr Dr. Schmieder begrüßte den Entstehungsprozess des Konzeptes, auch die Abstimmung der Mitwirkenden war sehr gut.

Er berichtete, dass das TGZ in Verbindung mit dem Bio-Zentrum Impulsgeber für Technologie und Innovation ist. Die Effekte ins Umland sind bedeutend für Halle; die beiden Firmen haben ein Alleinstellungsmerkmal.

Im Aufsichtsrat haben intensive Diskussionen mit Weitblick auf die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre stattgefunden. Es ging vor allem um den Bereich Infrastruktur für junge Unternehmen, für Gründungen und für den Technologietransfer aus der Universität. Die Unterstützung bei einem Wachstum der jungen Firmen ist mit hohen Investitionen

verbunden. Diesen Firmen soll ermöglicht werden, sich in Halle anzusiedeln.

Herr Bauersfeld fragte, wie die Zusammenarbeit mit der EVG funktioniert. Darauf informierte **Herr Dr. Schmieder**, dass, wenn Firmen aus dem TGZ heraus expandieren, dies auch in der Verantwortung des TGZ liegt.

Weiter führte er aus, dass die Firmen vor zehn Jahren noch nicht so groß waren, dass man über Expansion hätte sprechen müssen. Jetzt haben diese zum Teil eine erhebliche Größe erreicht und nun möchte man sie an den Standort Halle binden. Die EVG ist zukünftig zentral für die Ansiedlungen in der Stadt zuständig. Wenn es Interessentengespräche gibt, sind die EVG sowie das TGZ involviert. **Herr Dr. Schmieder** hob die nationale und internationale Akquise des TGZ hervor.

Herr Senius bat um Auskunft worin die Gründe liegen, warum die EVG der zentrale Ansprechpartner im Sinne der Federführung bei der Prozesssteuerung ist. Darauf erklärte **Herr Dr. Schmieder**, dass die EVG die Ansiedlung und Vermarktung für branchentypische Unternehmen unternimmt. Wenn es um Flächen geht, arbeiten sie zusammen mit der EVG, denn die EVG entwickelt die Flächen nach Kundenbedarfen und -wünschen.

Herr Häder wollte wissen, wie sich die Zusammenarbeit zwischen dem Dienstleistungszentrum und dem TGZ gestaltet. **Herr Dr. Schmieder** sagte, dass Vereinbarungen mit den Partnern EVG und Dienstleistungszentrum geschlossen werden. Er betonte die außerordentlich gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung.

City-Gemeinschaft Halle e. V.

Herr Fleischer beanstandete die mangelnde Beachtung des Handels im Wirtschaftsförderungskonzept. In diesem Bereich sollte die Verwaltung dringend nachbessern, denn der Handel hat für Halle eine wichtige Bedeutung.

Herr Senius fragte, ob Herr Fleischer es ebenfalls so sieht, dass Halle als Einkaufsstadt nicht mit Leipzig oder anderen größeren Städten vergleichbar sei, und ob das Einzelhandelskonzept noch zeitgemäß ist. **Herr Fleischer** bat noch einmal um Überarbeitung des Konzeptes, auch um Halle attraktiver für Außenstehende zu machen.

Herr Bauersfeld unterstütze die Aussagen von Herrn Fleischer. Er bedauert, dass die Messe Halle im Konzept keine Beachtung findet. In der App „Schöne Läden“ gibt es kaum Geschäfte, die darin zu finden sind. **Herr Bauersfeld** sprach sich für eine aktivere Beteiligung der Einzelhändler aus, und diese sollten vielleicht einmal ihr Sortimentsangebot überdenken.

Zur App meinte **Herr Fleischer**, dass diese einen schlechten Start hatte, nun aber wieder aktiviert werden soll. Zu den Angeboten erklärte er, dass Händler nach Quadratmetern Umsatz berechnen. Wenn die Angebote von den Kunden nicht angenommen werden, machen diese automatisch Verluste. Den Standort des Outlet-Centers in Brehna sieht er positiv. Halle könnte die Chance nutzen und Marketingmaßnahmen ergreifen. In diesem Zuge sagte er, dass er sich von der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (SMG) mehr erhofft hatte.

Zur letzten Aussage wollte **Herr Häder** wissen, wie Herr Fleischer die Zusammenarbeit mit der SMG sieht. **Herr Fleischer** erläuterte, dass diese fast stillgelegt ist. Allerdings lobte er die Betreuung durch das Dienstleistungszentrum.

Baugruppe Köhler GmbH

Herr Labuschke befürwortete das Wirtschaftsförderungskonzept auch im Hinblick auf die Bestandspflege. Er meinte aber, dass viele Unternehmen in Halle unzufrieden sind. Besonders kritisierte er den Bereich Bauplanung. Ihm fehlen im Konzept die Erläuterungen, was mit den genannten Flächen geschehen soll. Zur aktuellen Umsetzung eines Baumarktes in Halle-Neustadt meinte er, dass dies außerhalb der politischen Diskussion negativ aufgenommen wurde. Die Verwaltung hätte es vermeiden können, wenn sie sich an das Einzelhandelskonzept gehalten hätte.

Er sagte, dass die Bestandspflege sehr wichtig ist für eine zufriedene eigene Wirtschaft. Wenn dies der Fall ist, stehen die Chancen für Neuansiedlungen gut.

Herr Häder fragte Herrn Labuschke, ob es für Investoren deutlich ist, dass es in der Verwaltung einen zentralen Ansprechpartner mit Lotsenfunktion gibt. Dies verneinte **Herr Labuschke**.

Frau Nagel erkundigte sich, ob die Verwaltung das Konzept noch einmal überarbeiten wird.

Herr Rauschenbach erklärte, dass dies bereits umfangreich diskutiert wurde. Er schlug vor, über die Änderungsanträge mit allen Beteiligten zu beraten und zu koordinieren. In einem Wirtschaftsförderungskonzept können nicht alle Bereiche einbezogen werden. Ansonsten würde es zu ausgedehnt sein und wäre nicht mehr praktisch.

Frau Ernst sagte, dass die Verwaltung die Stellungnahmen zu den Änderungsanträgen im Vorfeld zur Verfügung stellen wird.

Das Konzept sollte kurz und knapp sein, meinte **Herr Bauersfeld**. **Herr Häder** entgegnete, dass ein gewisser Analyseteil gefordert war.

Herr Senius sprach sich für eine Beschlussfassung durch den Stadtrat im Januar aus, denn die Entwicklung geht bereits über ein Jahr. Darauf sagte **Herr Häder**, dass es im Januar zu keinem Beschluss kommen kann, denn der Finanzausschuss wird das Votum des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung abwarten wollen.

Herr Peinhardt pflichtete Herrn Häder bei. Er sieht keine Dringlichkeit das Konzept zu verabschieden. Die Argumente und die Form sollten ausreichend diskutiert werden.

Den Aufbau und die Übersichtlichkeit des Konzeptes bemängelte **Herr Dieringer**. Darauf entgegnete **Herr Rauschenbach**, dass das Konzept einen klassischen Aufbau hat und nach vorliegendem Beschluss handlich sein sollte. Dazu ging er genauer auf die Entstehung ein.

Herr Dieringer bittet um schriftliche Beantwortung folgender Frage zur nächsten Sitzung: Warum ist die Thematik Handwerk im Wirtschaftsförderungskonzept nicht mit eingebunden; ist das so gewollt?

Weiter fragte er, wie das Dienstleistungszentrum die Fachkräftesicherung übernehmen soll. **Frau Dr. Sachse** erläuterte, dass die Sicherung in Kooperation mit der Agentur für Arbeit im Zuge des Arbeitgeberservice übernommen wird.

Zu den künftigen Gewerbeflächen wollte **Herr Dieringer** wissen, wie der Ablauf vonstattengeht. Darauf sagte **Frau Dr. Sachse**, dass es aktuell sofort bereitstehende Flächen im Star Park und im Technologiepark gibt. Bei bestimmten Flächengrößen gibt es ein Defizit, und eine Aufbereitung der Flächen sollte mit geringem Aufwand umgesetzt werden.

Herr Lange machte darauf aufmerksam, dass es keinen Sinn macht, erst einen Investor und dann eine passende Fläche zu suchen. Die Verwaltung sollte schnell reagieren können, bevor potentielle Investoren das Interesse am Standort Halle verlieren. **Herr Dieringer** unterstützte diese Aussagen.

Nach der weiteren Diskussion, stellte **Frau Nagel** den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Beschlussvorlage. **Herr Häder** bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis Geschäftsordnungsantrag: einstimmig zugestimmt

**zu 4.1.2 Änderungsantrag des sachkundigen Einwohners Martin Bauersfeld der Fraktion Mit-BÜRGER-NEUES FORUM zum Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale) (VI/2015/01317)
Vorlage: VI/2015/01568**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussempfehlung:

Das Wirtschaftsförderungskonzept wird an folgenden Stellen geändert:

1. Unter Punkt 4.1.2 „Maßnahmen“ wird geändert:
Der Fokus liegt vor allem auf Firmen aus den folgenden Branchen:
 - Maschinenbau und Anlagenbau (Technische Geräte)
 - Fahrzeugbau aller Art und Zubehör (Mobilität)
 - Erzeugnisse der Elektrotechnik, Elektronik, Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik
 - Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und –einrichtungenDesgleichen werden die Schwerpunkte gestrichen:
 - ~~Lebensmittelindustrie und Ernährungswirtschaft~~
 - ~~Umwelttechnik und regenerative Energien~~
 - ~~Baustoffindustrie~~
 - ~~Herstellung von Verpackungsmitteln und Logistikbedarf~~
2. Unter Punkt 4.5.2 „Maßnahmen“ werden Ansprechpartner und Stellvertreter namentlich je Bestandsunternehmen eingefügt. Jeder Betreuer führt mit jedem von ihm betreuten Unternehmen ein Mal pro Quartal ein Betriebsgespräch durch und bietet Hilfe bei Anliegen in der Verwaltung an. Probleme meldet der Betreuer an das OB-Büro.
3. Unter Punkt 5. „Organisationskonzept der Wirtschaftsförderung“ werden die Gremien „Arbeitskreis Wirtschaft“ und „Wirtschaftsbeirat des Oberbürgermeisters“ eingefügt und ihre Verflechtung in die Organisation der Wirtschaftsförderung beschrieben.
4. Punkt 5.1 die Überschrift wird gestrichen und mit dem visionären Titel „ Halle (Saale) – Stadt der Technologie und Wissenschaft“ ersetzt.
5. Unter Punkt 5.4.2 „Künftige Konzeption“ wird eingefügt:
Die begrenzten Ressourcen der EVG verlangen eine Konzentration der finanziellen und personellen Mittel auf besonders innovative Branchen mit hoher Wertschöpfung und qualifizierten Arbeitsplätzen. Die EVG soll 90 % ihrer finanziellen und personellen Mittel auf die Ansiedlung von Unternehmen

der ausgewählten Schwerpunktbranchen verwenden. Die Unterstützung durch die Investitions- und Marketinggesellschaft mbH (IMG) und die Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH – Germany Trade and Invest (GTal) soll dabei besonders in Anspruch genommen werden.

6. Es wird ein Kapitel 5.7 „Kurzdarstellung des Konzeptes der Hafen Halle GmbH und des Gewerbegebietes Trotha“ angefügt, mit der sinngemäßen Intention:
Die Stadt Halle bekräftigt die Forderung nach der Schiffbarmachung der Saale für 1000 t – Schiffe bis zum Hafen Halle – Trotha und setzt sich dafür bei Land und Bund ein. Durch die Fertigstellung des Saaleausbaus bis Trotha können die bereits getätigten Investitionen nutzbar gemacht werden. Eine volle Nutzung des Hafens vervollständigt den Logistik – Knoten Halle (Saale). Es wird ein Teilkonzept erstellt, vergleichbar wie in Kap. 5.5-5.6
7. Es wird ein Kapitel 5.8 „Kurzdarstellung des Konzeptes für die Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle und des Flugplatzes Halle-Opin für die Förderung der Wirtschaft in Halle (Saale)“ angefügt, mit der sinngemäßen Intention:
Die Anbindung an den Luftverkehr gehört u.a. zu den Stärken des Logistik-Knotens Halle (Saale). Über die Nutzung der Anteile und getätigten Investitionen wird ein Teilkonzept erstellt, vergleichbar wie in Kap. 5.5-5.6.
8. Es wird ein Kapitel 5.9 „Kurzdarstellung des Konzeptes des GB II für die Entwicklung von Gewerbestandorten“ angefügt, mit der sinngemäßen Intention:
Die Erschließung von Gewerbestandorten wird als ein Schwerpunkt der Stadtplanung und Stadtentwicklung definiert. Die Entwicklung von innerstädtischen Gewerbestandorten unter Einsatz von Fördermitteln ist ein zentraler Punkt in der Entwicklung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes. Es erfolgt eine Priorisierung bei der Festlegung von Förderschwerpunkten und Entscheidungen zum Einsatz von Fördermitteln zugunsten der Wirtschaftsentwicklung.
9. Es wird ein Kapitel 5.10 „Kurzdarstellung des Konzeptes für den Stadtrat und seinen Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung“ angefügt, mit der sinngemäßen Intention:
Der Stadtrat und sein Ausschuss werden als Akteure der Wirtschaftsförderung eingefügt. Die frühzeitige Information und Einbeziehung des Stadtrates, insbesondere des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung, soll helfen, Probleme einer Ansiedlung frühzeitig zu erkennen und zu lösen sowie den Ablauf von erforderlichen Beschlüssen zu beschleunigen. Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses wird dieser über Ansiedlungsvorhaben ohne Nennung des Investors informiert. Die Aufgabe des Ausschusses besteht u.a. darin, mit Anregungen und Vorschlägen Initiativen der Wirtschaftsförderung zu entwickeln.
10. Das Wirtschaftsförderungskonzept wird mit dem Thema Halle als Stadt des Handels ergänzt. In dem Kapitel wird dargestellt, wie die Funktion der Stadt Halle (Saale) sowohl als Einkaufsstadt als auch als Messe- und Kongressstadt gestärkt werden soll.

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion MitBÜRGER für Halle/NEUES FORUM zur BV
Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01564**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussempfehlung:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

- 1) In Punkt 4 wird vor „Basis hierzu ist (...)“ folgender Absatz eingefügt: „Das Erreichen des Beschäftigungsziels wird an der Erhöhung des Bestandes an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen im Stadtgebiet nach dem Arbeitsortprinzip gemessen. Die Gesamtzahl der Arbeitsplätze im Stadtgebiet soll sich bis zum Jahr 2024 um mindestens 4500 erhöhen.“
- 2) Punkt 4.8.1 wird ersetzt durch: „Das Finanzziel wird durch eine Steigerung der Gewerbesteuer und des Gemeindeanteils der Einkommenssteuer um jeweils mindestens 25% in den nächsten 10 Jahren definiert. Die Erhöhung ist unter Beibehaltung der gegenwärtigen oder geringerer Hebesätze zu erzielen.“
- 3) Am Ende von Punkt 4 (vor 4.1) wird folgender Absatz eingefügt: „Über die mit dem Wirtschaftsförderungskonzept verfolgten Ziele (Messgrößen und angestrebte Entwicklungsziele) wird dem Stadtrat jeweils Mitte des Jahres für das Vorjahr – erstmals in 2016 – berichtet. In dem Bericht ist auch die Veränderung der Branchenstruktur und die Entwicklung Halles im Vergleich zu den Wettbewerbern Mitteldeutschlands aufzuzeigen. Auf Vorschlag des Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung sind hierzu Vertreter der heimischen Wirtschaft und der Koordinator des Wirtschaftsbeirats zu hören. Die Verwaltung wird zudem dazu aufgefordert, an das IWH mit der Bitte heranzutreten, mindestens einmal jährlich ein wirtschaftliches Lagebild der Stadt und des Umlandes im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung zu geben.“
- 4) Punkt 4.1.2, Abs. 2, 2. Satz wird wie folgt geändert: „Dies gilt nicht für Neuansiedlungen, die im Technologiepark Weinbergcampus oder in den Gründerzentren MMZ, TGZ und Bio-Zentrum angesiedelt werden.“

**zu 4.1 Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01317**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**
 auf Geschäftsordnungsantrag

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt das Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale).

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TiSA (Trade in Services Agreement) Vorlage: VI/2015/01399

Herr Bauersfeld führte in den Antrag ein und erläuterte den Hintergrund. Er bat um Unterstützung und Zustimmung der Stadträtinnen und Stadträte.

Herr Peinhardt stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Feststellung der Nichtzuständigkeit des Ausschusses. **Herr Häder** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis Geschäftsordnungsantrag: **mehrheitlich abgelehnt**
3 Ja Stimmen
7 Nein Stimmen

Herr Häder fragte die sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner nach ihrem Votum, welche ihre Zustimmung zum Ausdruck brachten.

Nun bat **Herr Häder** um Abstimmung durch die Stadträtinnen und Stadträte.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Hinweis: Nicht an der Abstimmung beteiligten sich Herr Bartl, Herr Cierpinski und Herr Peinhardt.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Deutschen Städtetag, den Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) und den Verband kommunaler Unternehmen (VKU) aufzufordern, von der Bundesregierung und der Europäischen Union die Offenlegung des Verhandlungsstandes über das Freihandelsabkommen TiSA und die Einbeziehung von kommunalen Vertretern in die Verhandlungen einzufordern.

Insbesondere soll gefordert werden,

- dass die Verhandlungen im Rahmen der WTO stattfinden,
- dass der Vertragstext veröffentlicht wird und keiner Geheimhaltung unterliegt
- sowie keine Standstill- (Stillstand-), Ratchet- (Sperrklinken-), Future-Proofing- (Zukunftssicherheit-) oder Negativlisten-Klausel enthält.

Das Schreiben an den Deutschen Städtetag, den DStGB und den VKU ist den Stadträtinnen und Stadträten zur Kenntnis zu geben.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 Mitteilungen

Es gab keine Mitteilungen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es gab keine mündlichen Anfragen.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen und **Herr Häder** beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Denis Häder
Ausschussvorsitzender

Yvonne Merker
Protokollführerin